

Verteilungsgerechtigkeit und Wachstumsgesellschaft: Wie werden Bedürfnis-Standards definiert?

Dieter Kramer

1. Das anständige Leben
2. Die „Konsumkathedrale“ (Niko Paech)
3. Drohenden Krisen
4. Darf das Wohlstandsniveau niemals sinken?
5. Rückbau auf individueller (privater) Ebene: Wieviel Ressourcen darf ich nutzen?
6. Rückbau auf gesellschaftlicher Ebene
7. Die soziale Dimension und die Verteilungsgerechtigkeit

1. Das anständige Leben

Unverhandelbar ist das Prinzip, dass Einkommen ausreichen müssen, um ein anständiges Leben im Rahmen der üblichen Standards zu führen. Früher wurde das diskutiert unter dem Stichwort „Niveau der gesellschaftlichen Bedürfnisse“, epochenspezifisch konkretisiert mit dem Hinweis auf erforderliche Qualifikationen für die Arbeitswelt und das Militär, bezogen auf Bildung, Gesundheit und körperliche Tauglichkeit. Damit wurden die Gesundheits- und Bildungsstandards vorgegeben. Die Ansprüche, die bezüglich der Bildung an den politischen Wahlbürger zu stellen sind, spielten da keine Rolle.

Nachzudenken ist darüber, was denn Lebensqualität und „gutes Leben“ überhaupt ausmacht. Aristoteles hat es unter antiken Bedingungen beschrieben, dann hat man mit Bacon und der Aufklärung die Naturbeherrschung und die instrumentelle Vernunft als Mittel zur Steigerung des menschlichen Wohlbefindens (des „größtmöglichen Glücks der größtmöglichen Zahl“) hervorgehoben. An der Verwirklichung dieses Zieles wurde der Fortschritt gemessen. Angesichts der Krise der Wachstumsgesellschaft muss man jetzt sprechen von der Niederlage des „Fortschrittsimperativs“, den noch der Soziologe Georg Simmel (1858-1918) vertrat. (Paech, Nico: Postwachstumsökonomik. Wachstumskritische Alternativen zu Karl Marx. In: APuZ 19-20/2017, S. 41-46, 41)

Für die Definition dessen, was heute für ein „anständiges Leben“ an Einkünften nötig ist, sind in hohem Maße die Tarifpartner zuständig. In ihren Tarifverträgen berücksichtigen sie lokale Besonderheiten, und sie können allgemeine gesellschaftliche Verhältnisse und Infrastruktur einbeziehen. Sie strahlen aus auf alle die Bereiche, die nicht von Tarifverträgen abhängig sind – Transferleistungen für Bildung und außerhalb des Arbeitslebens stehende Personengruppen, für Renten und Sozialleistungen.

Heute muss Lebensqualität im Zentrum der Politik stehen. Nur so kann der Grundgesetz-Auftrag ernst genommen werden, für das Wohlergehen der Bevölkerung zu sorgen. Dass ein Arbeitsplatz Bestandteil der Integration in die soziale Welt und ein Element der Selbstverwirklichung ist, darf nie vergessen werden, wenn es um das Vermeiden von Arbeitslosigkeit geht: Materielle Unterstützung allein kann in den wenigsten Fällen ausgleichen, was fehlt, wenn der Arbeitsplatz verloren geht, denn zur Lebensqualität gehört die Anerkennung der Bürgerinnen und Bürger als Mitglieder der sozialen Gemeinschaft.

Derzeit geben die Regelansätze für Bürgergeld und Sozialhilfe minimale Standards für das materielle Bedürfnisniveau vor. Aktuell wird darüber diskutiert, ob der Bürgergeld-Regelsatz

bei steigenden Lebensmittelpreisen für gesunde Ernährung ausreicht (Rücker, Martin: Ernährungsarmut bei steigenden Preisen: einfach wegnoriert. Reicht das Bürgergeld für gesunde Lebensmittel? TAZ vom 26. Januar 2023, S. 7) Bestätigt wird durch die ständige Überarbeitung der Regelsätze, dass es Wandel im Niveau der Bedürfnisse gibt.

2. Die „Konsumkathedrale“ (NikoPaech)

Kulturwissenschaft erinnert an zwei Aspekte, die man bei der Analyse der materiellen Voraussetzungen des „anständigen Lebens“ und bei der Definition des Bedürfnisniveaus berücksichtigen muss: Erstens den legitimen Anspruch aller, in Freiheit und gemeinsam mit anderen über die Ausgestaltung ihres Lebens und damit über ihre Bedürfnisse zu entscheiden. Nie sind die Menschen dabei völlig auf sich selbst gestellt, immer orientieren sie sich auf die eine oder andere Weise an ihren Mitmenschen und ihrem gesellschaftlichen Umfeld. Zweitens aber dürfen sie grundsätzlich in eigener Kompetenz über ihre Bedürfnisse entscheiden, nicht beeinträchtigt von staatlichen Vorgaben, aber auch nicht fremdbestimmt von den Wachstumsimperativen des ökonomischen Systems. Sie müssen sich nicht beeinflussen lassen von ökonomischen Akteuren, die mit allen Mitteln des Marketings, der Werbung und des Influencings versuchen, neue Bedürfnisse zu wecken oder das „Konsumklima“ zu fördern und „Kaufzurückhaltung“ zu mindern. Gerade das aber geschieht sehr intensiv, und dem können die Konsumenten sich kaum entziehen.

Der Siegener Volkswirt und Nachhaltigkeitsforscher Nico Paech hat Anregungen zur Diskussion über den Zusammenhang von individuellem Konsum und Krisen der Wachstumsgesellschaft geliefert (Paech, Nico: Krise der Konsumkathedrale. TAZ v. 6./6.11.2022 S. 15). Er fragt: „Wie hoch ist mittlerweile die als unantastbar verteidigte Ausstattung mit Mobilität, Urlaub, Konsum, Wohnraum, Digitalisierung, Komfort und so weiter, durch die so viel Einkommen ausgeschöpft wird, dass jeder Puffer fehlt?“ Alle Zugewinne an materiellem, gesellschaftlichem und individuellem Reichtum, alle durch Umverteilung gewonnenen Einkommenszuwächse werden, sofern sie nicht verloren gehen durch teurer gewordenen Wohnen und inflationsbedingte Preissteigerungen, absorbiert durch ständig neu geschaffene Bedürfnisse. „Konsumgesellschaften haben sich in ein Labyrinth unerfüllbarer Wohlstandsversprechen verrannt.“ (Paech, ebd.)

Die Wachstumsgesellschaft ist eine „systematisch fragil gewordene Daseinsform“, die Klima-Krise und Umweltzerstörung vorantreibt.

3. Drohende Krisen

So hat die Konsumgesellschaft Teil an den Krisenpotentialen der Gegenwart. Derzeit sind die Zukunftsperspektiven nicht sehr ermutigend: Der Hamburger Soziologe Sighard Neckel spricht 2021 mit Blick auf die globalen Daten zu Klimaentwicklung, Artensterben, Weltfinanzsystem, Rüstungen und angesichts der immer stärker werdenden nationalen und globalen Kluft zwischen Reich und Arm von dem möglichen gleichzeitigen Zusammenbruch der „ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Systeme“ in einer „Katastrophenzeit“. (Neckel, Sighard: Im Angesicht der Katastrophe. Der nahende Zusammenbruch des Erdsystems und die sozial-ökologische Transformation. In: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 2/2021, S. 51-58)

Er kann dabei 2021 noch nicht einmal Kriege wie den Ukraine-Krieg in Europa einbeziehen. Dennoch ist für ihn die „Jetztzeit“ des „Anthropozän“, in dem das Schicksal der Erde von den Menschen verantwortet wird, ein „globaler Umbruch“ mit sehr widerspruchsvollen Signalen: Es „ist nicht zuletzt der Fortbestand der weltweiten Ungleichheiten und der extremen Unterschiede im Lebensstandard ..., der die globalen Emissionen eindämmt und die

Erderwärmung begrenzt“, denn die vielen Armen verbrauchen immer noch viel weniger als die Reichen. Mit anderen Worten: Nur dank der „Bescheidenheit“ der Armen ist die Krise noch nicht über uns hereingebrochen. Aber sie wollen sich nicht mit ihrer Benachteiligung zufrieden geben. „Ein Wachstum wiederum, das Umverteilung erlaubte und die globalen Ungleichheiten deutlich verringerte, wäre für den Planeten ruinös und brächte das Erdsystem noch näher an die Gefahr eines Kollapses heran.“ (ebd.) Die mit den globalen Wirtschaftsbeziehungen vorangetriebene Ausweitung der „imperialen Lebensweise“ verstärkt diesen Trend (s. Kramer: Kultur und Politik. Köln 2022).

Nicht ganz so pessimistisch ist die Ökonomin Ulrike Herrmann. Sie deutet mögliche Einstiege in den Ausstieg an (Herrmann, Ulrike: Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden. Kiepenheuer und Witsch 2022, und Dies.: Raus aus der Wachstumsfalle. In: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 10/2022 S. 57-66) Sie meint: „Um die Klimakrise wirklich abzuwenden, braucht es den Übergang zu einer echten Kreislaufwirtschaft“. Nach dem Prinzip „Cradle to cradle“ wird diese Kreislaufwirtschaft ausführlich diskutiert (Monika Griefahn): Ein Produkt wird produziert, genutzt und nach der Nutzung nicht wertloser Abfall, sondern landet als Bestandteil eines neuen Produktes erneut in einer „Wiege“ – im immer wiederholtem Kreislauf.

Manche empfehlen einen wachstumsfähigen „Green New Deal“ zur Wahrung und Steigerung des Wohlstands. Aber eine „Postwachstumsökonomik“ (Nico Paech) geht davon aus, dass die Entkoppelung industrieller Wertschöpfung von Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung in einem „Grünen New Deal“ auf globaler Ebene theoretisch und praktisch nicht darstellbar ist: Auch neue Erfindungen und Innovationen können nicht ausreichend Ressourcen für einen immer mehr gesteigerten Wohlstand „aus dem Nichts“ ohne Rücksicht auf die Grenzen der Thermodynamik (Paech) und der Ressourcen (U. Herrmann) schaffen.

Ulrike Herrmann erinnert ähnlich wie Paech an die kaum bewältigbaren Probleme einer solchen Strategie: Ökoenergie ist nicht beliebig vermehrbar. Auch „grünes Schrumpfen“ wird harte Einschränkungen mit sich bringen. Jeder weiß, dass Elektroautos nicht nur Energie brauchen, sondern auch genauso verschwenderisch Straßen- und Siedlungsraum verlangen wie konventionelle Autos mit Verbrennungsmotoren. Der Bedarf an seltenen Erden und anderen Ressourcen wird außerordentlich steigen (auch wenn man, wie einst für militärisch wichtige „strategische Rohstoffe“ manchen Ersatz finden wird). Kreislaufwirtschaft mit Ökoenergie ist nicht beliebig zu steigern. Wasserstoffenergie oder – noch längst nicht verfügbare – Fusionsreaktoren-Energie sind nicht ohne Ressourcen und Nebenfolgen zu haben. Es wird Einschränkungen geben müssen (U. Herrmann, Blätter ... 2022, S. 59).

Ulrike Herrmann nennt Auswege: „Schrumpfen, ohne Chaos zu erzeugen“ hat die britische Kriegswirtschaft ab 1939 als eine private und demokratische Planwirtschaft verwirklicht. Anders als die amerikanische Kriegswirtschaft konnte die britische nicht auf die exzessive Ausdehnung der Produktion setzen. Die zivile Produktion musste schrumpfen, um Kapazitäten für das Militär freizuräumen (S. 62). Organisiert wurde eine Art „privater Planwirtschaft“. „Der Staat gab vor, was produziert werden sollte“, aber die Unternehmen blieben im Eigentum ihrer Besitzer. Die Regierung lenkte die Betriebe indirekt – indem sie Rohstoffe, Kredite und Arbeitskräfte zuteilte (letzteres war am wichtigsten). „Der Konsum fiel damals um ein Drittel – und zwar in kürzester Zeit“ (ebd.).

Heute müsste der deutsche Verbrauch „ähnlich drastisch sinken, wenn das Klima gerettet werden soll“ (S. 65). Die britische Kriegswirtschaft hat gezeigt, „wie eine private Planwirtschaft die zivile Produktion geordnet schrumpfen kann“ und wie sich „knappe Güter rationieren lassen, damit der soziale Frieden erhalten bleibt.“ (S. 66) Da lohnt es sich, genauer hinzuschauen: Freier Markt und staatliche Lenkung schließen sich nicht völlig aus. Der Markt kann so etwas nicht selbst regeln. In

allen Staaten sind ökonomische Systeme hybride Mischsysteme, es gibt keine reinen Formen – das weiss auch der Wirtschaftsliberale Milton Friedmann. (Friedmann, Milton: Fünf Aufsätze. Five Essays. Privatdruck der Bank Hofmann AG Zürich 1985, S. 91)

In der Zeitschrift „Die Umschau“, die 1946 an der neuen Universität Mainz erschien, wurden die Prinzipien der französischen Planwirtschaft der Zwischenkriegszeit vorgestellt (Kramer: Gemeinsinn und Kreativität. Lahnstein 2022, S. 303).

4. Darf das Wohlstandsniveau niemals sinken?

„Konsumgesellschaften haben sich in ein Labyrinth unerfüllbarer Wohlstandsversprechen verrannt. Mit dem Lebensstandard wuchsen die Hilflosigkeit und ein Gegenwartsbewusstsein, das den Staat verantwortlich dafür macht, jedes einmal erreichte Versorgungsplateau zu konservieren.“ (Paech 2022) Das zu benennen, bedeutet nicht, den Staat mit „neoliberaler“ Argumentation aus seiner Verantwortung für die Daseinsvorsorge zu entlassen, sondern fordert eine Diskussion und Abstimmung über das erwünschte und leistbare, mit dem Streben nach Lebensqualität und Zukunftssicherung vereinbare Versorgungsniveau, wie es im gesellschaftlichen Leben nicht zuletzt durch Tarifvereinbarungen entwickelt wird. Es muss abgeglichen werden mit dem, was die Bürger mit Selbermachen und mit gemeinschaftlich organisierter „progressiver Entstaatlichung“ leisten können und wollen (Kramer: Kultur und Politik, 2022).

Paech meint: „Das heilige Tabu, wonach Wohlstand niemals sinken darf“, wird „proaktiv *by design* oder schicksalhaft *by desaster* erodieren“. Dabei „Verwerfungen“, soziale Unruhen zu vermeiden, ist das aktuell höchste Ziel der Politik. Dazu muss es gelingen, „knappe Ressourcen dort einzusetzen, wo ihr Fehlen fatal wäre: Ist die Stromversorgung von Smartphones für Sechsjährige genauso hoch zu bewerten wie die einer Intensivstation?“ „Was einer zukunftsbeständigen Lebensweise entgegensteht ist kein Mangel an staatlicher Fürsorge oder technischen Innovationen, sondern eine Verkümmern individueller und kollektiver Befähigungen zur Selbstbegrenzung sowie teilweise autonomen Versorgung. Die resultierende Konsumabhängigkeit droht inzwischen moderne Freiheitsgewinne umzukehren.“ (Paech 2022) Das würde in unserem Dorf nahezu jede Frau/jeder Mann bestätigen.

5. Rückbau auf individueller (privater) Ebene: Wieviel Ressourcen darf ich nutzen?

Paech fragt für den „Rückbau“ der Konsumgesellschaft in Richtung auf ein für Umwelt und Nachhaltigkeit verträgliches Niveau auf der individuellen Ebene: „Welchen materiellen Spielraum darf ein einzelnes Individuum während seines Lebens ausschöpfen, ohne ökologisch – und damit zugleich sozial – über seine Verhältnisse zu leben?“ (S. 42). Das ist eine theoretische Überlegung, die in die gesellschaftliche Realität nicht umgesetzt werden kann.

Er meint: Ein sozialverträglicher, konfliktvermeidender „Rückbau“ des Wohlstandsniveaus und der damit verbundenen ökonomischen Ansprüche „kann nur auf individueller Ebene vollzogen werden“ (S. 44) Aber es gibt eine gesellschaftliche Ebene in diesem Prozess: Die Herausbildung dessen, was Paech das „Labyrinth unerfüllbarer Wohlstandsversprechen“ in den Konsumgesellschaften nennt, ist kein Naturgesetz, sondern erfolgt, wenn man es mit kulturwissenschaftlicher Analyse begleitet, auf nachvollziehbare Weise in einem komplexen, mehrstufigen gesellschaftlichen Prozess. Er liegt nicht in der Verantwortung der Individuen und kann daher auch nicht von ihnen allein geändert werden. An den verschiedensten Stellen kann (und muss) auf ihn Einfluss genommen werden.

Er hängt zusammen mit der Orientierung der Individuen an ihrer sozialen Bezugsgemeinschaft und dem in ihr sich abspielenden Prestige-Wettbewerb, der sich sehr stark auf die Ebene der materiellen Ausstattung der Lebensweise der Individuen bezieht. Diesen Prozess kann man im schulischen Erziehungsprozess, in der nachschulischen Erwachsenenbildung und den Medien thematisieren.

Die materielle Ausstattung wird auf jeden Fall beeinflusst und geprägt durch das Angebot der an Umsatz und dauerhafter Gewinnmaximierung interessierten Unternehmen. Erst durch deren Einfluss entwickeln sich die Käufermärkte, auf denen die Individuen sich all das verschaffen, was ihnen zur Lebensqualität und zum Prestigewettbewerb wichtig ist. In weiten Bereichen ist da der Käufer als Konsument im Vergleich zum Verkäufer in der schwächeren Position. Marketing, Management und Werbung sind es, die systematisch das Anspruchsniveau der Konsumenten zwecks Umsatzsteigerung beeinflussen, ja prägen. Da wird nicht berücksichtigt, was der neoliberale Chef-Theoretiker Milton Friedmann fordert, nämlich „die Würde und Einmaligkeit jedes Mitmenschen zu respektieren, ihn nicht als Objekt, nach unseren Absichten oder Vorstellungen manipulierbar zu sehen, sondern als Person mit eigenen Rechten und Werten. Als Person, die überzeugt werden muss, nicht gezwungen, terrorisiert oder indoktriniert.“ (Friedmann a.a.O. S. 53) Da zählt nur noch, was die Konsumierenden zum Kauf anregt (und so ist zum Beispiel das Weihnachtsgeschäft besonders interessant, weil es in hohem Maße zum Kauf von Waren anregt, deren Gebrauchswert relativ gering ist). Das ist, sobald er nachdenkt, jedem Konsumenten bewusst, und viele fühlen sich dadurch in einem unentrinnbaren Netz gefangen.

Die Konsumenten sind zwar immer aktive Teilnehmer an diesem Prozess. „Die einzige Instanz, vor der sich die Prinzipien der Marktwirtschaft noch rechtfertigen müssen, das sind *wir* – die in modischen Trends vereinigten Verbraucher aller reichen Länder. Und wir haben in den Prosperitätsregionen der Erde durchaus auch *Macht*: Unsere freie Kaufkraft bricht die Ketten der Sachzwänge, denn wir geben unser Geld nur dort aus, wo wir nicht nur unseren Gebrauchswert finden, sondern auch unseren Symbolwert und unsere Sympathiewerte.“ (Hoffmann, Hilmar: Besitz – Kapital – Kultur. In: Der Architekt. Zeitschrift des BDA, 1997, S. 297). Aber diese Macht der Käufer, die man etwa durch Verbraucherberatung fördern kann, ist insgesamt längst nicht so groß wie die der Anbieter mit ihren ausgefeilten, wissenschaftlich begleiteten Strategien zur Verkaufsförderung (über die uns Wissenschaft eigentlich permanent aufklären müsste, vgl. Kramer, Gemein Sinn ...Kap. 8.4, S. 288).

Paech sieht in der Veränderung des Handelns der individuellen Konsumenten (Käufer) den Hebel zum Rückbau der Wachstumsgesellschaft. Aber dabei berücksichtigt er die Art der Beziehung zwischen Käufer- und Verkäufermarkt nicht: Wie kommunizierende Röhren hängen sie voneinander ab und reagieren aufeinander: Jeder Kaufakt schafft eine Nachfragerücklage. Durch die Bewerbung des Angebotes wird dafür gesorgt, dass die Nachfrage steigt. Ins Leere verpuffen angesichts der Macht des Verkäufermarktes solche Aufforderungen wie die von Marion Gräfin Dönhoff, die 1997 Ethik als Balance gegen Markt egoismen aktivieren will (Dönhoff, Marion Gräfin: Zivilisiert den Kapitalismus. Grenzen der Freiheit. Stuttgart: DVA 1997, S.105,111) Wirkungslos sind genauso die vielen anderen Appelle nach dem Schema „Wir müssen ...“

Über die Bedeutung von Kampagnen wie „Geiz ist geil“ für die Konsumenten hat Paech sich anscheinend keine Gedanken gemacht Er schiebt viel zu viel auf die Individuen ab, wenn er meint: Eine „reduktive Ökonomie“ und „Selbstbegrenzung“ muss sich beziehen auf „Suffizienz“, „Befreiung vom Überfluss“ durch Orientierung an Lebensqualität und an der Frage: Was ist wirklich nützlich? (S. 44). Das ist richtig, aber wie sorgt man dafür, dass dies auf gesellschaftlich wirkungsvolle Weise geschieht?

Der Prozess der Bedürfnismanipulation, die „proaktive“ Rolle der Anbieter (und alles, was damit zusammenhängt) kann beeinflusst werden (s. Biedenkopf in Kramer: Es gibt ein Genug, 2019), und zwar sogar durch marktkonforme Maßnahmen wie Beschränkungen von Werbung (die Vermeidung von „frauenfeindlicher Werbung“ ist ein Beispiel), durch Abgaben oder Steuern auf Werbung, Pflichtabgaben für Verbraucherberatung und Anti-Werbung, durch die Belastung von Wurfwerbungen mit Gebühren, durch die Regelung von Sonderverkäufen und Schlussverkäufen, usf. In manchen Fällen beschränken sich die Anbieter freiwillig, um gesetzlichen Vorgaben vorzubeugen (bei der Zigarettenwerbung treten nur Personen im Alter von mehr als dreißig Jahren auf).

Wenn man die Produktion von Bedürfnissen durch die Produzenten von Gütern reduziert oder ausschaltet, wachsen die Chancen für Veränderungen in Richtung auf Nachhaltigkeit. Einschränkungen von Bedürfnismanipulation durch Werbung, permanente Infragestellung dieses Systems sind ein Weg – da könnte vielleicht auch die „Last Generation“ Aktionsfelder finden.

6. Rückbau auf gesellschaftlicher Ebene

Große Lösungen für die Krisen sind nicht in Sicht. Vielleicht ist es daher sinnvoller, im Lokalen anzufangen, dann treffen die Krisen nicht so hart. Man kann gemeinschaftlich Inseln des Überlebens aufbauen. Das erhöht die Chancen in Krisen aller Art zu überstehen, und vielleicht strahlt es dann auch auf größere gesellschaftliche Einheiten aus. Man mag darin einen regionalen Egoismus sehen, aber es ist wenigstens eine Handlungsoption. Und manche setzen auch auf diesen Egoismus (erinnert Susanne Enderwitz mit Hinweis auf Diskussionen in „Die Zeit“, Dezember 2022/Januar 2023)

„Postwachstumsökonomik“, wenn sie Auswege aus dem Wachstumszwang sucht, muss sich auch beziehen auf Subsistenz (mehr Selbermachen), auf Regionalökonomie (Kaufkraft in der Region belassen, wie konsequent bei der Bürgergenossenschaft im italienischen Vinschgau, s.u.) und „Umbau der restlichen Ökonomie“ als Rückbau („Konversion“ wie einst bei der durch den Ukrainekrieg obsolet gewordenen Rüstungskonversion – Niko Paech). Es bietet sich an, fehlende (wegbrechende) private Nachfrage „durch öffentliche Rückbauprogramme überzogener Investitionen der Vergangenheit zu ersetzen und Konversionen von Industrie“ zu fördern. Paech empfiehlt, „dezentrale Versorgungssysteme und – vor allem – individuelle Befähigungen zu stärken, damit Lebensstile weniger abhängig von Konsum, Mobilität, Technologie und globalen Verflechtungen werden“ (Paech 2021). Regionalität, Gemeinschaftsnutzung, Reparaturfähigkeit, ebenso entsprechende Bildungsangebote gehören zu den anzustrebenden sozialen Innovationen. Solche „sozialen Innovationen“ sind heute wichtiger als immer neue Start-ups, mit denen ständig neue Bereiche in marktförmige Angebote umgewandelt werden. Es ist der Weg, der im Vinschgau von Armin Berger und der Südtiroler *Bürgergenossenschaft* Obervinschgau vorgeschlagen wird. Berger meint: „Je mehr wir Beispiele eines solidarischen, eines nachhaltigen Wirtschaftens in der Region Wirklichkeit werden lassen, desto zukunftsfähiger wird unsere Region und desto mehr zeigen wir, dass der nötige Wandel möglich ist.“ (*da – die Bürgergenossenschaft*; da.bz.it) Diese Bürgergenossenschaft Obervinschgau „verwirklicht Stück für Stück einen neuen Weg des Wirtschaftens mit der Natur und mit den Menschen in der Region.“

Je mehr Menschen ihre Alltagsbedürfnisse durch Produkte aus dem eigenen Kleingarten, aus Gemeinschaftsgärten, aus Dorfläden, durch Tausch oder Reparatur von Geräten und Kleidern befriedigen können, desto weniger sind sie auf Supermärkte und Versandhandel angewiesen. Wandel beginnt, eine Chance zu haben.

7. Die soziale Dimension und die Verteilungsgerechtigkeit

Man kann solche Ideen kombinieren mit der „Progressiven Entstaatlichung“ (s. Kulturelle Prägungen). Aber wie viele verwandte Vorschläge (wie auch die von Ulrike Herrmann), blenden die von Paech benannte soziale Frage aus: Die Politik der sozialliberalen Ampel-Koalition setzt alles daran, keine allzu große Unzufriedenheit aufkommen zu lassen und die Angst davor zu nehmen, es werde Verzicht notwendig. Die Linke beharrt auf der Forderung nach Teuerungsausgleich und der Sicherung der Einkommen für das nicht ernsthaft infrage gestellte „Labyrinth unerfüllbarer Wohlstandsversprechen“, in das Konsumgesellschaften sich verrannt haben (und für das angesichts der systemischen Zusammenhänge immer Rechtfertigungen gefunden werden).

Bei der Programmatik der Linken spielt derzeit die soziale Gerechtigkeit bei der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums eine besondere Rolle. Was aber kann das Ziel einer „gerechten Verteilung“ sein? Das muss sich beziehen auf Lebensqualität für alle, konkret: auf ein materiell gesichertes Leben in eigener Würde für alle im Sinne der eingangs genannten unverhandelbaren, auf das Grundgesetz bezogenen Standards von Lebensqualität, aber nicht auf eine unendliche Absicherung eines immer wieder bewusst, zielgerichtet und interessengeleitet von konkreten Akteuren (Ross und Reiter können genannt werden) nach oben veränderten Wohlstandsniveaus.

Wenn man sich keine Gedanken darüber macht, wie dieses Wohlstandsniveau zustande kommt und definiert wird, kann man Verteilungsgerechtigkeit nicht definieren. Die Zielformulierung: „Allgemeiner Wohlstand und umfassende Emanzipation“ (Kipping, Katja: Neue linke Mehrheiten. Eine Einladung. Hamburg: Argument Verlag 2020, S. 86; vgl. auch Korte, Jan: Die Verantwortung der Linken. Berlin: Verbrecher Verlag 2020) muss man konkretisieren.

Dabei gibt es Probleme. Gefordert wird zum Beispiel: „Erstens sollten wir damit beginnen, den Reichtum von oben nach unten umzuverteilen, die Produktion vom Export zur Binnennachfrage neu auszurichten und die Geldströme von den Finanzmärkten in öffentliche Zukunftsinvestitionen umzulenken.“ (ebd. S. 56) Letzteres ist leicht zu verstehen, aber zu dem Anderen muss gefragt werden:

Es kommt ja nicht darauf an, die in dieser Form dauerhaft wohl nicht aufrecht zu haltenden Konsumstandards und Wohlstandsversprechen zu konservieren. Unter welchen Bedingungen führt das zu weniger Wachstum, wie es angesichts der ökologischen Krise notwendig ist? Soll man jenes „konsumtive Wachstum“ stärken, das mit den Absatz suchenden Konzerne immer neue Bedürfnisse produziert? Werden so die globalen Ungerechtigkeiten der „Imperialen Lebensweise“ beeinflusst? Soll man nicht eher immer mehr Menschen ansatzweise aus der Umklammerung des Marktes befreien, indem man ermutigt, mehr Elementen von Subsistenzproduktion in möglichst vielen Sphären Raum zu verleihen? Die außerordentliche materielle und sozialkulturelle Bedeutung von Schrebergärten und Datschen einst in der DDR ermutigt dazu (vgl. Dietrich: Kulturgeschichte der DDR, 2018, S. 1656) Man könnte von „Lebensplätzen“ statt nur von „Arbeitsplätzen“ reden, ohne deswegen zu vergessen, wie wichtig der Arbeitsplatz ist für die Wertschätzung im Leben mit anderen und für die subjektive Sinnorientierung.

Man kann den „Wettbewerbsnationalismus“ einhegen (Kipping S. 63). Für die Kommunen und Regionen wird zu Recht gefordert: „Wirtschaft darf nicht mehr als Rennen im Hamsterrad von Standortkonkurrenz, Wettbewerbsfähigkeit und blindem Wachstum gedacht werden.“ (ebd. 57) Aber gilt das nicht auch für die Individuen? Sollte man nicht spätestens hier auch von Lebensqualität reden? Da spielen das „Lockfeuer Lebensqualität“ und die „Progressive Entstaatlichung“ eine Rolle.

Wirtschaftsdemokratie und neue Mitbestimmungsmodelle sollen mit „neuen Ideen des Wirtschaftens“ die „produktive Kraft einer öffentlichen Infrastruktur erschließen“ (ebd. S. 47, 57). Das ist sehr allgemein gefasst, und man sollte aufpassen, dass dabei nicht doch wieder eine neue Wachstumsgesellschaft herauskommt, nur eine mit etwas mit anderer Umverteilung. Die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung führte wegen zahlreicher Verfassungsänderungen und mit „über sich selbst hinausstreibenden Reformen“ in den 1970er und 1980er Jahren schließlich dazu, dass eine Marktgesellschaft mit kapitalistischen Wirtschaftsformen entstand.

Interessanter ist Infrastruktursozialismus mit einem „Mix von Eigentumsformen“, vielleicht auch mit „Gemeinwohlökonomie“ (ebd. S. 53). Einst sprach man mit Akzentuierung der öffentlichen Infrastruktur vom „Munizipalsozialismus“. Das war ein „Pragmatischer Radikalismus“, eine „revolutionäre Realpolitik“.

Man kann auch „sozialen und ökologischen Wirtschaftszweigen ... zum Durchbruch verhelfen“ (Kipping S. 54). Das wurde früher unverbindlich diskutiert unter dem Slogan „Lokal handeln, global denken“, aber in der Regierungsmitverantwortung kann es Teil von politischem Handeln werden (s. auch: Perspektiven der Sozialen Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklungen in Italien. [Hrsg.]: Elsen, Susanne u.a., Bozen 2020).

Durch Zugewinne an Lebensqualität können auch tiefsitzende kulturelle Prägungen verändert werden: Der neue Luxus der Prosperität hat in Lateinamerika z. B. aus den Nachfahren von Einwanderern und einheimischen Aufsteigern rasch allzeit bereite Konsumenten gemacht, weil keine verbindenden Prägungen im Weg standen. Wenn mit autofreien Innenstädten erkennbar wird, wie attraktiv Veränderungen in Richtung auf Nachhaltigkeit sein können, kann vielleicht auch die Prägung durch die Versprechungen der Konsumgesellschaft relativiert werden

Interessant ist es, Veränderungen anzustreben, die mit neuen Konsumgewohnheiten, Selbermachen, „progressiver Entstaatlichung“, mit Regelungen zum Schutz von Umwelt und Ressourcen gleichzeitig als „Lockfeuer“ die Verbesserung der Lebensqualität und die Erhöhung der Chance für die Nachlebenden („Enkelgerechtigkeit“) verbinden. Das wäre eine Perspektive, bei deren Umsetzung mitzuwirken motivierend wirkt.

Die Veränderungen in den von Paech und den von der Linke genannten Bereichen müssen von Politikern realisiert werden, die von ihren Wählern dazu ermächtigt werden. Politiker können Akzeptanz gewinnen und Wähler können motiviert werden durch das „Lockfeuer“ der Erschließung des Potenzials von Lebensqualitäts-Verbesserungen beim Rückbau.

Aber wer bringt solche Prozesse in Gang? Kann das in Deutschland eine Koalition wie die von 2021, in der selbst so bescheidene, aber wirkungsvolle Schritte wie Tempobeschränkungen auf Autobahnen unmöglich sind? Das geht nur, wenn Wähler gewonnen werden für ein politisches Programm, bei dem im Mittelpunkt Themen stehen wie

- Das Recht auf ein materiell gesichertes anständiges Leben,
- Lebensqualität als Ziel,
- die Freiheit und Eigenverantwortung für die Entwicklung der Bedürfnisse frei von gewinnorientierten Beeinträchtigungen des Konsumverhaltens,
- Nachhaltigkeit und enkelgerechten Umgang mit den weltweit gemeinsam geteilten Ressourcen.

Zusammen mit dem Text Kulturelle Prägungen und Politik Vortrag bei einer Matinee von Business Crime Control und KunstGesellschaft am 11.12.2022 im Club Voltaire in Frankfurt am Main.

Vgl. Dieter Kramer: Kultur und Politik. Die Bedeutung kultureller Prägungen. Köln: PapyRossa Verlag 2022 und ders.: Gemeinsinn und Kreativität. Geschichten vom Mittelrhein und der Lahn. Lahnstein: Imprimatur Verlag 2022. ISBN 978-3-947874-10-1

© Dieter Kramer, 29.1. 2023, kramer.doerscheid@web.de.